

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/215

8. November 1972

In Dienste der Menschen

Anmerkungen zum deutschen Grundvertrag

Von Egon Franke / Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen und Mitglied des SPD-Präsidiums

Seite 1 / 36 Zeilen

Stärkung für den Weltfrieden

Zur Wiederwahl des USA-Präsidenten Richard Nixon

Seite 2 / 49 Zeilen

Herr Leicht nimmt wirklich zu leicht

Ein CDU-Experte bringt sich um seinen Ruf

Seite 3 und 4 / 57 Zeilen

Koin Kronzeuge für Strauß

Der Rückweg des Prof. Dr. Karl Steinbuch

Seite 5 / 41 Zeilen

Fristenlösung nicht verfassungswidrig

Hilflosigkeit der "Union" auch beim StGB § 218

Von Hermann Dürr / Vorsitzender des Arbeitskreises Rechtswesen der SPD-Fraktion im VI. Bundeskongress

Seite 6 und 7 / 102 Zeilen

Zehn Punkte für die SPD

Drei Jahre Sozialpolitik: eine Bilanz der grossen Erfolge

Von Walter Arendt / Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung

Seite 8 und 9 / 104 Zeilen

- \* Wir setzen heute den zwanglosen Abdruck
- \* einer Serie "Rückblick und Ausblick" fort,
- \* in der die sozialdemokratischen Bundes-
- \* minister über ihre bisherige Tätigkeit
- \* und ihre Arbeitspläne berichten.

Im Dienste der Menschen

Anmerkungen zum deutschen Grundvertrag

Von Egon Franke

Bundesminister für innerdeutsche  
Beziehungen und Mitglied des SPD-Präsidiums

In einer Präambel und in zehn Artikeln, gefolgt von vielen Seiten mit Texten von Briefwechseln und Protokollvermerken, wird der Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten in Kürze auf dem Tisch jeder Bundesbürgerin und jedes Bundesbürgers liegen. Wir alle werden im Detail nachlesen und überprüfen können, daß der Bundeskanzler mit seiner Aussage im vollen Recht war, daß mit den Vertragsunterschriften das Eis aufgebrochen wird, in dem das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der DDR für Jahrzehnte eingefroren gewesen war.

Unter diesem Eis, unter dieser Kälte eines permanenten "Kalten Krieges" haben vor allem die Menschen gelitten: die Menschen diesseits und jenseits der Grenze, von der wir heute mit allem Ernst hoffen, daß auch sie normalisiert wird, normalisiert zu einer Humanität, der sich der Grundvertrag doch verschrieben hat, wenn wir ihn richtig verstehen. Als Willy Brandt nach Erfurt und nach Kassel fuhr, um mit seinem Ostberliner Kollegen Willi Stoph zu sprechen und zu verhandeln, da hat er zu jeder Stunde diese Menschen im Auge gehabt, denen allein der Grundvertrag dienen soll.

Jetzt ist es soweit. Der Zehn-Artikel-Vertrag zwischen den beiden deutschen Staaten nimmt für sich in Anspruch, ein pragmatisches und ein progressives Abkommen zu sein. Bonn und Ostberlin sind von der Lage ausgegangen, wie sie in Mitteleuropa heute ist, also von der Existenz der beiden Staaten auf deutschem Boden. Aus dem Gegeneinander soll ein Nebeneinander und später ein Miteinander werden, und das alles zu Nutzen der Menschen.

Gewiß ist noch nicht alles perfekt, und ganz gewiß wird das Leid der vergangenen Jahrzehnte, das allzuoft zum Maß geworden ist, nicht mit einem Federstrich vergessen gemacht werden können. Aber der Grundvertrag ist eine feste Basis der Hoffnung auf ein besseres Morgen. Es liegt also auch an uns allen, daß der Grundvertrag Leben bekommt und dem Leben dienen kann. Daran sollten alle denken, wenn sie den Grundvertrag lesen und ihn prüfen. Die Alternative heißt pro oder contra; auch für Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik.

(-/8.11.1972/ks/ee)

+ + +

### Stärkung für den Weltfrieden

#### Zur Wiederwahl des USA-Präsidenten Richard M. Nixon

Der nächste Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika wird wieder Richard Milhous Nixon heißen. Aus einem Wahlkampf, der kaum ein Gleichnis in der Geschichte dieser Weltmacht findet, ging er als ein weitüberlegener Sieger hervor. Sein Gegner, Senator Georges McGovern aus Süd-Dakota, blieb auf der Strecke; ihm wurde durch den Wahlentscheid vom 7. November der begehrte Einzug ins Capitol verwehrt.

Die Wähler wußten jedoch zwischen Präsidentenwahl und den Wahlen zum Repräsentantenhaus und zum Senat wohl zu unterscheiden. In beiden Häusern behielten die Demokraten ihre bisherigen Mehrheiten, im Senat gewannen sie sogar zu ihrer alten Mehrheit von 55 noch zwei Sitze hinzu. Präsident Nixon wird es also auch in den nächsten vier Jahren wieder mit einem oft widerspenstigen Parlament zu tun haben, besonders dann, wenn die großen Fragen gesellschaftspolitischer und sozialer Natur zur Behandlung anstehen.

Unter weltpolitischen Aspekten ist die Wiederwahl von Richard M. Nixon die Garantie für die Fortsetzung einer Politik, die sich mit dem Stichwort von der Konfrontation zur Kooperation zwischen den Supermächten, zu denen auch China mit seinen 800 Millionen Menschen gehört, umreißen läßt. Der Republikaner Nixon hat während seiner ersten vierjährigen Amtszeit Tabus durchbrochen und auf seine Weise mit Erfolg versucht, den Notwendigkeiten des Atomzeitalters zu entsprechen. Er hat den von Kennedy begonnenen Dialog mit der Sowjetunion weitergeführt und den Brückenschlag zu Peking gefunden. Seine Methode, trotz aller ideologischer und gesellschaftspolitischer Gegensätze, Ebenen gemeinsamer übergeordneter Interessen zu suchen, fand im SALT-Abkommen mit der UdSSR ihren sichtbaren und für weiteres Bemühen fruchtbaren Niederschlag. So stellte denn Nixon in seiner ersten Rede nach der Wahlentscheidung neue Beziehungen zwischen den Supermächten in Aussicht. Für den Frieden in der Welt ist das lebenswichtig.

Bei allem seinen Bestreben, mit Moskau und Peking bestehende Klüfte zu verengen, hat Nixon die Bedeutung des nichtkommunistischen Europa als ein friedenserhaltender Faktor nicht übersehen. Es besteht wohl begründete Hoffnung, daß sich zwischen der auf neun Staaten erweiterten EWG und den USA auf weiten Gebieten engste Zusammenarbeit ergeben wird. Beide Mächtegruppen bedingen einander, und dies nicht nur aus den Wurzeln einer gemeinsamen Zivilisation. Eine stetige Politik des friedlichen Ausgleichs kommt allen zugute. Das gilt auch für die so schwierigen Handels- und Währungsfragen zwischen der EWG und den USA. Daß die Bundesrepublik bei Wahrung ihrer eigenen Interessen dabei die Rolle eines zuverlässigen und loyalen Partners spielt, zählt zu den erfreulichsten Realitäten unserer Zeit. (ex/8.11.1972/bgy/ex)

+ - +

Herr Leicht nimmt wirklich zu leicht

Ein CDU-Experte bringt sich um seinen Ruf

Der ehem. Finanz-Staatssekretär Albert Leicht, als Abgeordneter der CDU in manchem Bundestag ein geschätzter Haushaltsexperte, mag darum wissen, daß im Wahlkampf nicht jedes Wort auf die Goldwaage gelegt werden darf. Anders ist auch kaum zu erklären, was er als Mitglied des Ständigen Ausschusses für den CDU-offiziellen "Deutschland-Union-Dienst" zu Papier brachte.

Der wirkliche Zustand der Staatsfinanzen, so fand Albert Leicht äußere sich u.a. darin, "daß wir in den nun drei Jahren der Regierung Brandt/Scheel bereits den dritten Finanzminister haben". Wer so etwa in einem volkswirtschaftlichen Pro-Seminar argumentieren würde, bekäme mit Sicherheit den Rat, sich doch in einem anderen Fach zu versuchen.

Als weiteren "Beweis" für den angeblich desolaten Zustand der Staatsfinanzen wertet Leicht, daß es der dritte Finanzminister nicht "gewagt hat, eine fortgeschriebene und aufgegliederte Finanzplanung für die Jahre 1973 bis 1976 vorzulegen". Der "Unions"-Politiker vergaß dabei - wohl nach dem Motto: Was kümmert mich mein Geschwätz vom vergangenen Jahr? -, was er als Parlamentarischer Staatssekretär des CSU-Bundesfinanzministers Strauß hatte durchgehen lassen: daß nämlich der fällige Subventionsbericht mit den vom Parlament bestellten Abbauvorschlägen vor der Bundestagswahl 1969 ebenso wenig vorgelegt wurde, wie man es sich mit dem Hinweis, den nächsten Bundestag und die nächste Regierung nicht festlegen zu wollen, verkneift, 1969 exakt das zu tun, was Leicht nun anmahnt und als Beweis für den Zustand der Staatsfinanzen heranzieht.

Die Steuermehreinnahmen des Bundes belaufen sich in diesem Jahr auf ziemlich exakt 2,1 Milliarden DM. Die vorgesehene Kreditaufnahme wird aber von einmal 7,3 auf rund vier Milliarden DM vermindert. Das mag konjunkturpolitisch noch immer nicht den Idealvorstellungen entsprechen. Aber die Kürzung der Kredit-

schöpfung um fast 50 vH. ist doch ein Beitrag zur Stabilisierung des Geldwertes. Überdies sollte Herr Leicht nicht vergessen, daß es genau jener Professor Schiller gewesen war - der von den "Unions"-Parteien jetzt so gern als Kronzeuge für die angeblich zerrütteten Staatsfinanzen zitiert wird -, der mit großem Engagement die konjunktur- und stabilitätspolitische Vertretbarkeit der Verschuldung um rund 7,3 Milliarden DM begründete und gegen die heftigen Attacken des CDU-Abgeordneten Leicht verteidigte.

Überdies fällt schwer, einen logischen Zusammenhang zwischen Leichts Forderung nach noch mehr stabilitätsorientierter Kürzung von Staatsausgaben und noch geringerer Kreditaufnahme einerseits und seiner Klage über rückläufige Ausgaben für Sachinvestitionen herzustellen. Vernünftigerweise kann man doch nicht gedrosselte Gelöbeschaffung beklagen und sich gleichzeitig über konjunkturpolitisch motivierte Ausgabengestaltung hermachen. Wenn der Haushaltsexperte der "Union" dann aber noch den Mut hat, Steuererhöhungen als Indiz für den Zustand der Staatsfinanzen zu mißbrauchen, so mag er in einer stillen Stunde einmal nachlesen, ob er oder Parteifreunde von ihm zu gleichen Erkenntnissen gekommen sind, wenn in 20 CDU-Jahren die Steuern erhöht worden waren.

Vielleicht liegt es wirklich an Wahlkampf, daß Herr Leicht glaubt, es sich ungestraft so leicht machen zu können. Stünde nicht zuviel auf dem Spiel, käme man doch in Versuchung, ihm und seinen Parteifreunden zu wünschen, nach dem Klassiker-Wort "hic rhodos, hic salta" handeln zu können. Weil aber die Gefahr zu groß ist, daß dies dann in der gleichen Dünnbrettbohrer-Manier geschieht, hat ein solcher Wunsch tunlichst zu unterbleiben.

Theodor Tremmes  
(-/8.11.1972/bgy/ee)

+ + +

### Kein Kronzeuge für Strauß

#### Der Rückweg des Prof. Dr. Karl Steinbuch

Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß glaubt, einen neuen Kronzeugen für die "Union" gefunden zu haben: den einst für die SPD aktiv gewesenen Karlsruher Kommunikationswissenschaftler Prof. Dr. Karl Steinbuch.

Steinbuch hat in seinen Büchern unerschrocken gegen die "Hinterwelt" gekämpft, die er so beschreibt: "Die Hinterwelt ist erfüllt von historischen Denkmodellen und übersieht, daß diese vor allem die Träger eingefrorener Irrtümer sind." Dieser Satz ist sicher nicht schmeichelhaft für die CSU, ganz besonders im Hinblick auf ihre alternativlose Außenpolitik.

Zur Innenpolitik schrieb Prof. Steinbuch am Schluß von "Falsch programmiert": "Nichts wirkt langfristig so revolutionär wie die Verhinderung notwendiger Veränderungen. ... wer das Wertvolle erhalten will, muß schnelle und tiefgreifende Veränderungen unserer Gesellschaft fordern." Auch dies ist nach aller Erfahrung keine Stärke der CSU.

Die mangelnde Modernität der CDU/CSU muß Prof. Steinbuch einst zur SPD getrieben haben. Nun verwechselt er aber offenbar Gleichheit mit Gleichmacherei. Denn was sonst, als der Anspruch der SPD auf mehr Gleichheit, kann ihn heute als "Rückschritt zur Klassenpartei" erschienen sein?

Leider diagnostiziert Prof. Steinbuch darüber hinaus eine "psychosoziale Vergiftung unserer Gesellschaft" und glaubt daran, die nur zu gerne vermuten, daß nach einer möglichen Nicht-Wiederwahl von Willy Brandt "revolutionäre Umtriebe zu erwarten seien". Aber gerade, wenn dies wahr wäre, müßte er die mit einer erneuten Regierung der CDU/CSU verbundene "Verhinderung notwendiger Änderungen" zu vermeiden suchen. Oder glaubt er, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur erkonservative Law-and-Order-Parolen jenen "großen Teil unserer Jugend" bezähmen können, den er "für eine Armee fanatisierter Revolutionäre" (!) hält?

Noch in diesem Jahr hat Karl Steinbuch in einem Offenen Brief an Willy Brandt, aus dem bereits zitiert wurde, ein "unmißverständliches Bekenntnis zur Veränderung" abgelegt. Er schrieb: "Hier wurden zu lange und mit zu schlechten Gründen Reformen verhindert." Andererseits betont er jetzt, sein "Abschied" sei "nicht begründet durch nicht eingehaltene Versprechungen, z.B. aus der Regierungserklärung vom Herbst 1969,..."

Psychologen mögen also Prof. Steinbuchs Motive zum Rückzug erhellern. Nach seinen Büchern mag er der FDP zuneigen. Ein Kronzeuge für die CSU kann er jedenfalls nicht sein.

Eckehart Ehrenberg  
(-/8.11.1972/egy/ee)

### Fristenlösung nicht verfassungswidrig

---

Hilflosigkeit der "Union" auch beim StGB § 218

Von Hermann Dürr

Vorsitzender des Arbeitskreises Rechtswesen  
der SPD-Fraktion im VI. Bundestag

Die stolze CDU-Vorsitzende Dr. Wex bekennt Farbe: für sich und ihre Partei als deren legitimierte Sprecherin zu Fragen des Schwangerschaftsabbruchs. Sie nennt im "Deutschland-Union-Dienst" die sog. Fristenlösung, für die sich die SPD in ihrem Wahlprogramm bei der Reform des § 218 StGB ausspricht, eine "brüskierende Entscheidung" und "stellt fest", daß die CDU die Fristenlösung ablehnt. Ein klares Wort! Das verständliche Interesse der Wähler an der im Anschluß an dieses deutliche Nein zu erwartenden Alternative bleibt freilich unbefriedigt, und das ist brüskierend. Die Enttäuschung des Lesers über Frau Dr. Wex und die CDU wächst sich zur Hilflosigkeit aus, wenn ihm schließlich Steine an Stelle von Brot dargereicht werden: Der Reform des § 218 bedürfe es, um "Ausnahmefälle genau abzugrenzen". Daneben seien soziale Hilfen erforderlich.

Täuscht der Eindruck, oder läßt die Partei der Nein- und Ja-Sager wieder einmal ihre wahren politischen Absichten im Dunkeln? Die Antwort geben Frau Dr. Wex selbst und die Wahlkampfaussagen ihrer Partei. Sie sehen das Problem der Reform des § 218 StGB zutreffend als eine Frage, die vornehmlich die Frauen angeht. Frau Wex sprach dazu auf dem Wiesbadener Wahlparteitag der CDU von "Emancipationsgetöse" der Frauen, das sie als verfehlt abtat. Sie beschwor die Gemeinsamkeit, von der aus auch das Problem des Schwangerschaftsabbruchs zu lösen sei.

Diese Bemerkungen hellen das Dunkel nicht auf. Der Vorhang hebt sich erst zum Schluß des Referats: Die "Union" habe sich "von vornherein darauf festgelegt, keine Versprechungen zu machen", die sie nach ihrem Wissen nicht auch einlösen könne. Also auch hier der neue politische Realismus der CDU, der ihr gebietet, sich den Herausforderungen unserer Zeit nicht etwa zu stellen, sondern ihnen aus dem Wege zu gehen und - gar nichts zu tun.

Diese Erkenntnis verdichtet sich zur Gewißheit. Wenn man das Wahlprogramm der Opposition etwas genauer gelesen hat, weiß man, daß die Reform des § 218 StGB in Wirklichkeit bis zum Sankt Nimmerleinstag aufgeschoben werden soll. Die Sozialmaßnahmen, auf die als besonders vordringlich verwiesen wird, werden in absehbarer Zeit nicht stattfinden. Die Opposition erklärt nämlich zur Finanzpolitik programmatisch, daß "zusätzliche Kürzungen im Bereich der öffentlichen Investitionen in Betracht" kämen; es sollen "keine Reformversprechungen erfolgen, die finanziell nicht abgesichert sind". Im Programm für die Familienpolitik und die Gesundheitspolitik findet sich auch tatsächlich nichts, was sich mit der Aussage der Opposition zur Reform des § 218 StGB deckt. Der Familienlastenausgleich findet nur am Rande Erwähnung. Die CDU verspricht also an versteckter Stelle Reformen, die sie ersichtlich in Wahrheit nicht durchführen will, und versucht so zugleich, die Reform des § 218 StGB zu verhindern.

Sogar die von der CDU angesprochenen Sozialmaßnahmen stellen nichts anderes als ein bloßes Sammelsurium von Gemeinplätzen dar.

Neben Pauschalforderungen - wie kostenlose psychologische und medizinische Betreuung vor allem lediger Mütter - werden scheinheilig politische Entscheidungen gefordert, denen sich die Opposition im Parlament entgegenstellte, als die sozialliberale Koalition daranging, ihr sozialpolitisches Programm zu verwirklichen. Die Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, Käthe Strobel, hat Informationsschriften zur Sexualerziehung herausgegeben oder die Herausgabe solcher Schriften gefördert. Die CDU/CSU ging bisher stets mit sachfremder Kritik - wie z.B. zum Sexualkundeatlas - vor. Die sozialliberale Koalition will die unbegrenzte Gewährung einer Haushaltshilfe für Familien mit mindestens einem Kind unter acht Jahren bei Krankheit oder Kur eines Elternteiles durchsetzen. CDU und CSU wollen diese Maßnahmen auf sechs Wochen begrenzt wissen, Kuraufenthalte ausschließen und lediglich eine Zuschußpflicht der Krankenkasse vorsehen. Außerdem soll es sich bei diesen Leistungen nach den Vorstellungen der Opposition nicht um solche handeln, die die Krankenkassen auch erbringen müssen.

Die sozialliberale Koalition wird erwerbstätigen Müttern bei Erkrankung eines Kleinkindes unter acht Jahren ein Recht auf Freistellung von der Arbeit für fünf Tage bei vollem Lohnausgleich geben. Diesen arbeitsrechtlichen Freistellungsanspruch will die CDU/CSU verhindern und nur eine Zahlung von Krankengeld gewähren, wenn das Kind schwer erkrankt ist. Auch hier sollen die Krankenkassen zur Zahlung des Krankengeldes nicht gesetzlich verpflichtet werden. Völlig unglaubwürdig werden die Deklamationen der Opposition, wenn man sich daran erinnert, daß die CDU/CSU vor kurzer Zeit noch die Anrechnung des Babyjahres für rentenberechtigte Mütter mit der ihr zugelaufenen Mehrheit torpediert hat. CDU und CSU können auch nicht ernsthaft glauben, daß ihr irgend jemand abnimmt, sie wollten die Reform des Adoptionsrechts wirklich. Denn wie sonst sollte man erklären können, daß die Opposition seit langem die Beratung des Ehe- und Familienrechts im Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages blockiert und damit auch die unbedingt erforderliche Reform des Adoptionsrechts verhindert hat.

Zum Schluß noch eine grundsätzliche Bemerkung. CDU und CSU sollten endlich davon ablassen, nachweisbar unrichtige Behauptungen im Zusammenhang mit der Reform der den Schwangerschaftsabbruch betreffenden Bestimmungen aufzustellen. Es ist einfach nicht wahr, daß die Fristenlösung gegen das Grundgesetz verstieße. Im Grundgesetz ist nämlich nichts über die Art und Weise gesagt, wie der Schutz des werdenden Lebens am besten zu bewerkstelligen sei. Dem Gesetzgeber steht es frei, die ihm am wirkungsvollsten und angemessen erscheinende Regelung zu treffen. Der Gesetzgeber fordert den effektiven Schutz des Lebens; diesen gewährleistet die noch geltende restriktive Bestimmung aber gerade nicht. Auch die Reform nach dem Muster von CDU und CSU - soweit man dieses überhaupt erkennen kann - wäre zur Wirkungslosigkeit verurteilt, weil sie vor den Schwangerschaftsabbruch ein Gutachtergremium gestellt hat. Nach allen Erfahrungen weichen die Frauen dieser Gremium aus, um eine für sie entwürdigende Prozedur zu vermeiden. Der jetzt bestehende Zustand bliebe erhalten. Das werdende Leben würde weiterhin gerade nicht geschützt.

(-/ 8.11.1972/bgy/ex)



### Zehn Punkte für die SPD

-----

#### Drei Jahre Sozialpolitik: eine Bilanz der großen Erfolge

Von Walter Arendt

Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung

Die ersten drei Jahre sozialdemokratischer Regierungsverantwortung haben dem sozialen Fortschritt in der Bundesrepublik Deutschland einen starken Auftrieb gegeben. Die Menschen in unserem Lande leben heute sicherer und besser als vorher.

Die aktive Friedenspolitik der von Willy Brandt geführten Bundesregierung nach Westen und nach Osten hat uns einer dauerhaften Friedensordnung ein gutes Stück nähergebracht. Im Inneren haben wir die Vollbeschäftigung gesichert und unser System der sozialen Sicherung nach modernen Erkenntnissen und Erfordernissen ausgebaut. Diese Politik der Verständigung und des Fortschritts dient allen Menschen, in erster Linie aber den Arbeitnehmern; denn hauptsächlich sie haben immer die Folgen von Konflikten und Krisen zu tragen.

In der Sozial- und Gesellschaftspolitik haben wir große Erfolge erzielt. An der Spitze steht die Rentenreform. Dieses Reformwerk ist das bedeutendste sozialpolitische Gesetz seit der Neuregelung der Rentenversicherung von 1957. Es bringt Verbesserungen für alle Gruppen der Bevölkerung: für Arbeitnehmer, für Rentner, für Frauen, für Selbständige.

- Die flexible Altersgrenze erweitert den Entscheidungsspielraum der Arbeitnehmer. Von nächsten Jahr an kann jeder Versicherte mit mindestens 35 Versicherungsjahren selbst entscheiden, ob er mit 63 Jahren in Rente gehen oder ob er weiterarbeiten will.

- Frühere Lohndiskriminierungen, von denen vor allem Frauen betroffen waren, werden durch die neue Rente nach Mindesteinkommen endlich überwunden.

- Die Öffnung der Rentenversicherung für alle Bürger bietet den Selbständigen und den nicht erwerbstätigen Frauen eine neue Chance der Alterssicherung.

- Durch die jetzt vorgezogenen Rentenanpassungen um ein halbes Jahr verringert sich der Abstand zwischen den Renten und der Lohnentwicklung. Diese neue Regelung gilt schon für dieses Jahr. Damit steigen die Renten im Jahre 1972 um insgesamt 14,4 vH.

Ohne die Sozialdemokraten hätte es die Rentenreform nicht gegeben. Die CDU/CSU hatte in ihrem Sozialpolitischen Schwerpunktprogramm für die VI. Legislaturperiode deutlich gesagt, was auf sozialpolitischem Feld von ihr zu erwarten gewesen wäre: Nichts. Die flexible Altersgrenze wurde 1969 von der CDU/CSU als "unerfüllbare Wunschvorstellung" abqualifiziert und "mit Entschiedenheit abgelehnt". Die Kleinrentner wurden an die Sozialhilfe verwiesen. Und global wurde erklärt: "Die CDU/CSU-Fraktion hat keine Veranlassung, in der Sozialpolitik umwälzende neue Programme vorzulegen, weil das, was unter ihrer Führung in zwei Jahrzehnten aufgebaut worden ist, im Kern auch voll den künftigen Ansprüchen gerecht wird". Bei einer CDU/CSU-geführten Bundesregierung hätten die Millionen von Versicherten und Rentner also weiter auf notwendige

Verbesserungen verzichten müssen.

Wir haben aber das Steuer herumgerissen. Wir haben der Sozial- und Gesellschaftspolitik neue Impulse gegeben.

In der Bilanz der Erfolge steht neben der Rentenreform die Reform der Betriebsverfassung. Das neue Betriebsverfassungsgesetz trägt mehr Demokratie, mehr Humanität, mehr Freiheit für den einzelnen Arbeitnehmer und mehr soziale Gerechtigkeit in die Betriebe. Arbeitnehmer und Betriebsräte haben heute mehr Mitbestimmungsrechte. Die Präsenz der Gewerkschaften im Betrieb ist gestärkt und gesichert. Die Forderung nach mehr Mitbestimmung der Arbeitnehmer ist damit aber noch nicht ausreichend verwirklicht. Die Betriebsverfassung muß ergänzt werden durch eine gleichberechtigte und gleichgewichtige Beteiligung der Arbeitnehmer an den Unternehmensentscheidungen.

In den letzten drei Jahren haben wir auf zahlreichen Gebieten mehr soziale Gerechtigkeit und Sicherheit für alle Bürger erreicht. Die sozialpolitische Bilanz ist dafür ein klarer Beweis:

1/ Für über 26 Millionen Kinder, Frauen und Männer wurde ein gesetzlicher Anspruch auf vorsorgende ärztliche Untersuchungen eingeführt.

2/ Alle Angestellten bekommen jetzt einen Zuschuß des Arbeitgebers zu ihrem Krankenversicherungsbeitrag.

3/ Alle Versicherten der sozialen Krankenversicherung erhalten jetzt auch bei längerer Krankheit das volle Krankengeld.

4/ Über zehn Millionen Kinder in Kindergärten, Schüler und Studenten wurden in den Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung voll einbezogen.

5/ Die Renten der 2,6 Millionen Kriegsoptioner wurden erhöht und dynamisiert. Auch sie nehmen jetzt alljährlich an der wirtschaftlichen Entwicklung teil.

6/ Die Förderung der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand wurde durch das neue 624-DM-Gesetz sozial gerecht gestaltet.

7/ Im Zusammenhang mit der allgemeinen Bildungsreform ist auch mit der Reform der beruflichen Bildung begonnen worden.

8/ In der Sorge um unsere behinderten Mitbürger hat die Bundesregierung ein Aktionsprogramm Rehabilitation vorgelegt. Dem Parlament wurden Gesetzesentwürfe sowohl zur Angleichung der Rehabilitationsleistungen als auch zur Einbeziehung aller Schwerbehinderten in den Schutz des Schwerbeschädigtengesetzes unterbreitet.

9/ Zur stärkeren Humanisierung des Arbeitslebens haben wir den fortschrittlichen Ausbau der Unfallforschung und des Arbeitsschutzes in Angriff genommen. Wir haben die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung errichtet. Dem Parlament wurde ein Gesetzesentwurf zur Bestellung von Betriebsärzten und Fachkräften für Arbeitssicherheit in den Betrieben vorgelegt.

10/ Wir haben damit begonnen, das Arbeits- und das Sozialrecht zu durchforsten. Dafür wurden zwei Sachverständigenkommissionen gebildet. Der erste Teil eines neuen einheitlichen Sozialgesetzbuches ist bereits fertig.

Diese Erfolge zählen. Aber vieles bleibt noch zu tun. Für Sozialdemokraten gibt es keinen Stillstand in der Sozialpolitik. Wir werden uns für die qualifizierte Mitbestimmung in den Unternehmen einsetzen. Wir werden das Arbeitsrecht weiterentwickeln. Wir werden ein modernes Sozialgesetzbuch schaffen. In der nächsten Legislaturperiode werden wir uns zuerst um die Gesetzesvorhaben kümmern, die wegen der Verkürzung der Legislaturperiode im Gefolge der Mandatsübertragungen nicht mehr verabschiedet werden konnten: Verbesserungen für behinderte Menschen, Ausbau der Arbeitssicherheit. Unsere Ziele sind und bleiben: Mehr soziale Sicherheit und Gerechtigkeit für alle Bürger, mehr Demokratie und Humanität im Arbeitsleben.

(-/8.11.1972/ks/ee)